Schweizerzeit
VERLAG

Schweizerzeit Verlags AG
Postfach 54, CH-8416 Flaach

Telefon +41 52 301 31 00

Postkonto:
84-3870-9

info@schweizerzeit.ch
www.schweizerzeit.ch

MwSt. Nr.
CHE-107.924.029

734 Jahre Schweizerische Eidgenossenschaft

Bundesrat auf Ausverkaufs-Kurs

Die Rütliwiese, Wiege der Eidgenossenschaft.
Blick von Brunnen aus (Bild: Wikimedia Commons).

Vor genau 85 Jahren hat General Henri Guisan das hohe Offizierskader – stellvertretend für alle Schweizerinnen und Schweizer – zum Rapport aufs Rütli gerufen und angesichts aus dem Norden drohend aufziehender brauner Wolken auf unbedingten Einsatz für Eigenständigkeit, Freiheit und Demokratie der Schweiz eingeschworen.

Heute, 85 Jahre später, ist Bundesbern auf Ausverkaufs-Kurs – brandgefährlich für Land und Volk. Bundesberns Mehrheit umgeht die Direkte Demokratie – blind Frau von der Leyens Schmusekurs verfallend.

Bundesbern opfert die Souveränität und die Direkte Demokratie der Schweiz. Der EU-Gerichtshof, fremde Richter, sollen fortan entscheiden, ob demokratisch in der Schweiz vom Volk und vom Parlament getroffene Beschlüsse umgesetzt werden – oder ob die Schweiz für hier demokratisch zustande gekommene Entscheide, die Brüssel missfallen, massive Bussen – als «Ausgleichsmassnahmen» schöngeredet – an Brüssel zu entrichten habe.

Das «Schiedsgericht»

Unerträglich, wie Bundesbern dem Volk Sand in die Augen streut. Etwa wenn behauptet wird, ein paritätisch zusammengesetztes Schiedsgericht werde alle Differenzen bereinigen, wenn bezüglich Auslegung der mit der EU abzuschliessenden Verträge Meinungsverschiedenheit entstünden.

Bereits vor Aufnahme der Vertragsverhandlung musste sich die Schweiz im sog. «Common Understanding» dem von Brüssel diktierten Vorgehen bei Meinungsverschiedenheiten zur Auslegung von Vertragsbestimmungen beugen. Wohl wird dafür ein paritätisch zusammengesetztes «Schiedsgericht» einberufen. Aber dieses Schiedsgericht kann nicht frei entscheiden, ist nicht das, was sein Name verspricht.
Denn das Schiedsgericht hat, sobald **EU-Recht** tangiert ist (und das ist bei Meinungsverschiedenheiten bezüglich eines EU-Vertrags nahezu immer der Fall), **obligatorisch den EU-Gerichtshof anzurufen**. Und was dieser EU-Gerichtshof darauf festlegt, ist **zwingend zu übernehmen**. Dass Bundesbern diese Tatsache auszuklammern versucht, ist schlicht empörend.

«Rechtsharmonisierung» ist obligatorisch

Auch unterschlägt Bundesbern dem Volk gegenüber die Tatsache, dass der EU-Gerichtshof aufgrund ihm von der EU verbindlich aufgetragener Verpflichtung keineswegs allein über Recht und Unrecht bezüglich einer Meinungsverschiedenheit entscheidet.

Der EU-Gerichtshof ist vielmehr ausdrücklich verpflichtet, mit jedem seiner Entscheide die «Rechtsharmonisierung», also die **Rechtsvereinheitlichung im Sinne der EU** voranzutreiben. Was hat ein an eigenständiger Lösung festhaltender Kleinstaat für Chancen, sich gegen den übermächtigen EU-Funktionärsapparat vor Gericht je durchzusetzen?

Wohlfeile Beschönigungen

Statt dass sich Bundesbern dieser Frage endlich stellt, erfolgt die Flucht in seichte Beschönigungen: Die Schweiz könne, wenn die Einwanderung untragbar werde, gegenüber Brüssel eine **Schutzklausel** anrufen, welche die Schweiz vorübergehend von gewissen Verpflichtungen bezüglich Personenfreizügigkeit befreie.

Ausgeklammert wird in solcher Schönfärberei, was geschehen muss, bis eine Entwicklung als «untragbar» anerkannt wird. Das kann die Schweiz nämlich nicht eigenständig festlegen. Im Vertrag steht, dass die Schweiz **zuerst bei der EU betteln gehen** muss, ob Brüssel das, was für die Schweiz untragbar sei, ebenfalls als untragbar zu anerkennen geruhe. Und nur dann, wenn diese ausdrückliche Einwilligung aus Brüssel vorliegt, darf die Schweiz besagte, von Bundesrat Beat Jans hochgejubelte Schutzklausel anrufen.

Damit bleibt die Schutzklausel hohle, nie wirksam werdende faule Beschönigungsausrede.

Souveränitätsverlust

Das sind nur wenige Beispiele des einschneidenden Souveränitätsverlusts, welcher den Schweizer Bürgerinnen und Bürgern mit dem Unterwerfungsvertrag droht.

Probe-Beitritt gibt es übrigens nicht. Wer der Unterwerfung zustimmt, wird sie bekommen. Für immer! Wer sie abwenden will, muss sich mit einem unmissverständlichen NEIN gegenüber dem Unterwerfungsvertrag in Stellung bringen.

Die **Bundesfeier 2025** steht vor der Tür. Wir danken Ihnen zum Voraus für Ihre Unterstützung: **NEIN zum Unterwerfungsvertrag!**

Bundesbern auf Kriegsfuss mit dem Föderalismus

Demokratie-Zerstörung

Dass die EU-Elite die Direkte Demokratie abgrundtief hasst, ist seit Jahrzehnten offensichtlich: Einer abgehobenen Elite vom Rang der EU-Kommission und weiterer EU-Spitzenfunktionäre erscheint es als ganz und gar unzumutbar, ja beleidigend, von «irgend so Volk» an der Umsetzung ihrer Beschlüsse und Verordnungen gehindert werden zu können: Keine Spur von Demokratie-Respekt!

Dass insbesondere die Direkte Demokratie, wo das Volk über der Regierung steht, endlich zu verschwinden habe, wurde den Schweizer Unterhändlern für den Unterwerfungsvertrag ebenso oft wie gebieterisch in Erinnerung gerufen. Natürlich nicht in protokollierten Sitzungen, um so schroffer aber in den Sitzungspausen.

Jeder, der schon mit EU-Granden in Kontakt gekommen ist, kann von entsprechender Arroganz ein Lied singen.

Jetzt aber spurt die Bundesrats-Mehrheit – und eliminiert Brüssel-devot zunächst einmal das Ständemehr. Damit erniedrigt Bundesbern jene Kantone, welche auf dem Rütli die Schweizerische Eidgenossenschaft begründet haben – Uri, Schwyz und Unterwalden – kurzerhand zu fortan nicht mehr zu beachtenden Wurmfortsätzen der grossen Agglomerationen.

Der Bundesrat verstösst – allein um dem demokratiefeindlichen Brüssel zu gefallen – einen Grundpfeiler unserer im Föderalismus verankerten Demokratie in die Abfallgrube. Und die drei Urkantone werden mit einem Tritt in den Hintern als mitbestimmende eidgenössische Stände abserviert.

Damit wird der Preis deutlich, welchen Schweizerinnen und Schweizer den Brüssel-Fanatikern zu entrichten hätten, wenn diese sich durchsetzen würden.

Wehret den Anfängen! EU-Unterwerfung: Niemals!

Der Schweizerzeit-Verlag im Sturm der Zeit

Nie stehen bleiben!

Wir wollen ehrlich zu Ihnen sein, liebe Leserinnen und Leser. Die landesweit grassierende «Medienkrise» geht auch an der Schweizerzeit nicht spurlos vorbei. Das Medienverhalten der Menschen hat sich verändert, die Bindung zu gedruckten Medien hat spürbar nachgelassen. Die «Generation Gratis» und zeitgeistige Unverbindlichkeit machen den Print-Medien zu schaffen.

Die Schweizerzeit darf sich zwar für die glückliche Lage bedanken, auf treue Abonnentinnen und Abonnenten zählen zu dürfen. Wirtschaftlich zu bestehen und gleichzeitig unseren Auftrag wahrzunehmen, politisch spürbaren Einfluss zu entfalten, wird aber mit jedem Jahr anspruchsvoller. Wachstum – in der Leserschaft und bei politischen Kampagnen – zu erkämpfen, ist härter geworden und dieser Kampf fordert uns heraus.

Herausfordernde Unverbindlichkeit

In unserer Arbeit im Journalismus und an der «politischen Front» stellen wir fest: Das politische Interesse, gerade in der jungen Generation, ist keineswegs gesunken. Im Gegenteil: Wir bemerken, dass bürgerlich-konservative Werte, wie wir sie vertreten, einen Aufschwung erleben. Zu oft hören wir aber (noch), dass man uns zwar Wertschätzung und Dank entgegenbringt – ein Abonnement unserer Zeitung abzuschliessen, ist einigen Zeitgenossen aber scheinbar zu viel der Verbindlichkeit... Dies, obwohl wir den sehr günstigen Jahrespreis von CHF 80.00 (für 24 Ausgaben) seit Jahren unverändert belassen.

Die Auswüchse der «Generation Gratis» zu überwinden, erfordert viel Überzeugungsarbeit, Geduld und Kreativität. Wir dürfen nicht stehen bleiben und müssen auf das veränderte Konsumverhalten reagieren: mit qualitativ hochwertigem Journalismus, geschärftem Profil, einer Prise kluger Provokation und mit Beiträgen, die man nur in der Schweizerzeit liest. Diesem Anspruch gerecht zu werden – daran müssen wir uns messen lassen.

Suche nach Orientierung

In einer Zeit, in der ungewisse Zukunftsaussichten die Menschen verunsichern, orientieren sich viele wieder an Stimmen, die Halt vermitteln und eine klare Linie vertreten. Hier liegt die Chance der Schweizerzeit – als Mahnerin, als Warnerin und als Kämpferin!

Wir sind überzeugt: Die Zeit «läuft für uns». Die Herausforderungen der kommenden Jahre, bei denen es in entscheidenden Zukunftsfragen unseres Landes um alles geht (Verhältnis zur EU, Neutralität, Zuwanderung), erfordern die unabhängige Stimme der Schweizerzeit mehr denn je!

Wir versichern Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, dass wir unsere Hausaufgaben machen werden, indem wir haushälterisch wirtschaften, Ausgaben senken und neue Einnahmequellen (insbesondere mit politischer Beratung) erschliessen. **Trotzdem zeichnen sich gewisse «Finanzlöcher» ab. Wir danken Ihnen, wenn Sie uns helfen, diese Löcher zu stopfen.**

Anian Liebrand
Verlagsleiter Schweizerzeit

Dr. Ulrich Schlüer
Präsident Schweizerzeit-Stiftung

Bundesrat zwingt uns vier Referendums-Abstimmungen auf

Enormer Finanzbedarf!

Bundesbern, mehrheitlich stur auf Brüssel eingeschworen, unternimmt wahrhaft alles, den Unterwerfungsvertrag regelrecht zu erzwingen. Bundesberns Elite hat vor, die Demokratie zum Vertrag zu unterlaufen, soweit wie möglich sogar auszuschalten.

Mit diesem Ziel will Bundesbern das Ständemehr abwürgen und die EU-Unterwerfung auf vier Vorlagen aufspalten. Auf dass wir Gegner für vier Referenden Unterschriften sammeln müssen – und dann gegen vier Vorlagen in vier Volksabstimmungen antreten müssen.

Auch wenn wir auf viele Freiwillige zählen können und mit mehreren Organisationen gut zusammenarbeiten: Vier Abstimmungen erfordern enormen finanziellen Aufwand. Entsprechend nachdrücklich ersuchen wir Sie um finanzielle Unterstützung.

Schliesslich geht es um nichts weniger als ums Überleben einer freien, eigenständigen Schweiz mit weiterhin respektierter Direkter Demokratie.

Zum Voraus herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

QR-Code scannen
Website: www.schweizerzeit.ch/spenden

«Schweizerzeit», Postfach, 8416 Flaach: IBAN CH95 0900 0000 8400 3870 9

Schweizerzeit STIFTUNG

Schweizerzeit-Stiftung • Poststrasse 9 • 6300 Zug
Geschäftsführung: Dr. Ulrich Schlüer • Postfach 54 • CH-8416 Flaach
Telefon 052 301 31 00 • stiftung@schweizerzeit.ch

„Damit wir den Ausverkauf der eigenständigen Schweiz verhindern können.

Die Schweizerzeit-Stiftung unterstützt Anstrengungen, die der Schweiz Freiheit, Eigenständigkeit und Selbstbestimmung als Land mit seiner immerwährenden, bewaffneten Neutralität garantieren.

Mit Nachdruck unterstützt die Stiftung Aktionen, die an freiheitlichen Idealen orientierten Jugendlichen – denen in der Schulzeit Schweizergeschichte und staatsbürgerlicher Unterricht versagt worden ist – den Zugang zur politischen Mitgestaltung gewährleisten.

Wenn Sie in Ihrem Testament zugunsten der Schweizerzeit-Stiftung ein

Legat

vorsehen, unterstützen Sie die Schweizerzeit-Stiftung besonders nachdrücklich.

Wünschen Sie dazu Beratung oder haben Sie Bedarf nach weiteren Auskünften über die Schweizerzeit-Stiftung?

Wir sind gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten und Sie über die Schweizerzeit-Stiftung ausführlich zu dokumentieren.

Schweizerzeit-Stiftung
Dr. Ulrich Schlüer
Präsident des Stiftungsrats
Telefon 052 301 31 00, E-Mail: schluer@schweizerzeit.ch

Jetzt Videoclips anschauen und herunterladen: www.schweizerzeit.ch

QR-Code scannen

und direkt zu den Videoclips gelangen:

Warnung vor dem EU-Vermögensregister

EU knechtet uns mit dem Unterwerfungsvertrag

Berufspolitiker agieren als Beutegemeinschaft